

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN  
PRÄSIDIUM

35/SN-256/ME

Himmelfortgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 53 33 41- 51 433

Durchwahl 1312

Zl. 05 0301/28-Pr.1/86

Entwurf eines Bundesverfassungsge-  
setzes über den Schutz der persönlichen  
Freiheiten;  
Nachtrag zur Stellungnahme des Bundes-  
ministeriums für Finanzen

Sachbearbeiter: Dr. Binder

41-GE/986

am: 29. AUG. 1986

An das  
Präsidium des Nationalrates

Parlament  
1017 W I E N

Dr. Strömer

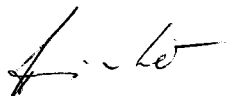
Mit Schreiben vom 7. Juli 1986, Zl. 05 0301/19, hat das  
Bundesministerium für Finanzen dem Präsidium des  
Nationalrates 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zum  
Entwurf eines Bundesverfassungsgesetzes über den Schutz  
der persönlichen Freiheiten übermittelt.

Im Nachhang dazu beehrt sich das Bundesministerium für  
Finanzen in der Anlage einen diesbezüglichen Entwurf der  
zuständigen Fachabteilung des Bundesministeriums für  
Finanzen in 25-facher Ausfertigung zu übersenden.

25 Beilagen

25. August 1986  
Für den Bundesminister:  
i.V. Dr. G l ö c k e l

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



**Entwurf**  
Bundesverfassungsgesetz vom ... über den  
Schutz der persönlichen Freiheit

Der Nationalrat hat beschlossen:

Art.1. (1).....

(2).....

(3) Der Entzug der persönlichen Freiheit darf nur dann und in dem Maße vorgesehen werden, als dies nach dem Zweck der Maßnahme geboten ist.

Art.2. Die Freiheit darf einem Menschen nur in den folgenden Fällen entzogen werden:

1. Wenn er mit Freiheitsentzug bestraft worden ist;
2. Zur Sicherung eines Strafverfahrens, wenn und solange es zur Sicherung der Strafverfolgung oder zur Verhinderung weiterer strafbarer Handlungen erforderlich ist.
3. ....

Art.3. Eine Bestrafung mit Freiheitsentzug ist nur zulässig

1. durch ein Gericht;
2. durch eine andere unabhängige und unparteiische Behörde (Art.5 und 6 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, BGBl.Nr. 210/1958), wenn ihre Dauer drei Monate nicht übersteigt;
3. durch eine andere Behörde, wenn ihre Dauer sechs Monate nicht übersteigt und ein Rechtsmittel an eine unabhängige und unparteiische Behörde gegeben ist.

Art.4. (1) Zur Sicherung eines Strafverfahrens (Art.2 Z.3) darf einem Menschen die Freiheit durch hiezu berechnigte Organe entzogen werden.